…mit Sonne zur Freiheit? Überlegungen zu linker (kommunaler) Energiepolitik

Helmuth (Stand 01.11.2026)

Etwas Prinzipielles zur Linken Programmatik: Man kann Energiepolitik aus mindestens drei verschiedenen Richtungen betrachten:

1) Grüner Gesichtspunkt: Reduktion des CO_2 Ausstoß
2) Technischer Gesichtspunkt: maximale Effizienz
3) Sozialer Gesichtspunkt: Bezahl- und Verfügbarkeit für alle

Das niedersächsische und Oldenburger Kommunalwahlprogramm der Linkspartei kombiniert Punkt 1 und 3 („Stromsperren für Haushalte in sozialen Notlagen verbieten"). Zudem werden Eigentumsverhältnisse als Gesichtspunkt eingebracht: „Wir wollen eine dezentrale Energiewende in kommunaler und genossenschaftlicher Hand. Energieversorgung muss öffentlich kontrolliert, sozial gestaltet und naturverträglich organisiert werden."
Eine genauere Analyse von Energiepolitik findet sich in den Programmen nicht. Dabei ist Energie ein zentrales Moment der Kapitalakkumulation und der Gestaltung kapitalistischer Lebensverhältnisse. Kapitalistisches Wirtschaftswachstum basiert auf der unbegrenzten Bereitstellung von Energie, an jedem Ort, zu jeder Zeit und in jeder Eskalationsbreite. Nur dieses Prinzip ermöglicht permanentes Wachstum. Und sich beschleunigendes Wachstum ohne Rücksicht auf Natur und Menschen ist das Grundprinzip von Kapitalverwertung. Insofern ist der 2) Betrachtungsstandpunkt „maximale Effizienz" derjenige, welcher die kapitalistische Gesellschaft auszeichnet.
Diese von Biorhythmen befreite, nahezu unbegrenzte Bereitstellung von Energie hat nicht nur Folgen für die CO_2 Bilanz und die Erderwärmung. Der unbändige Zwang der Kapitalakkumulation wirkt ab einer bestimmten Größe deregulierend auf die Rhythmen der gesamten Natur. So soll die Masse an Insekten in Deutschland seit 1990 um etwa 76 Prozent zurückgegangen sein. Ein Grund für dieses Sterben ist die 24 Stunden umfassende ununterbrochene Anwesenheit von Licht in Form von Straßenlaternen (in Oldenburg 14000), Leuchtreklame, Hausbeleuchtungen. Es wird geschätzt, dass pro Nacht alleine jede brennende Straßenlaterne für 150 Insekten tödlich ist, alle Beleuchtungen zusammen für bis zu einer Milliarde Insekten, wenn auch die neue LED-Beleuchtung weniger gefährlich für diese sind.
Gleichzeitig befreit die unbegrenzte Bereitstellung von Energie für 24 Stunden am Tag und zu jeder Jahreszeit den Tagesablauf von allen natürlichen Einschränkungen und verändert damit das Leben aller: Die mittelalterlich-jährliche Arbeitszeit von ca. 1500 Stunden steigt zeitweilig auf bis zu 3000 Stunden. Beginn und Ende der täglichen Arbeit kennen keine anderen Hindernisse mehr als durch soziale Kämpfe erreichte gesetzliche Regeln wie den 8 Stunden Tag und eine wöchentliche Maximalarbeitszeit. Durch Glühbirne und Zentralheizung entfallen auch häusliche Rhythmen und sei es das einfache Befüllen von Lampen bzw. Holz- und Kohleöfen. Der Besuch von Nachtclubs ermöglicht heute ein weitgehend vom Tagesrhythmus abgekoppeltes Ausgehen, und Unterhaltungsmedien und Kommunikationsnetze ein kontrazyklisches häusliches Freizeitverhalten, das bei entsprechend hohem Energieverbrauch im Endeffekt mehr statt weniger Einsamkeit schafft. Eine aktuelle US-amerikanische Studie findet, dass 40 % der StudentInnen in den letzten 3 Monaten unter Essattacken gelitten hat und dass dieses Verhalten insbesondere mit Einsamkeit und „social media" Konsum assoziiert war – eine deutschsprachige zeigt dieselben Faktoren als relevant für die Entwicklung rassistischer Denkmuster und „hate speech".
Kapitalakkumulation auf dieser technisch-energetische Grundlage produziert als Gegenstück ein individuell-neoliberales Lebensmodell. An die Stelle von eigenverantwortlicher Haushaltsplanung tritt der spätabendliche Ruf nach Delivery-Hero, an die Stelle von abgewogenen Konsequenzen der ermüdete Klick auf „Einverstanden" nach dem Aufklappen unendlich langer

Geschäftsvereinbarungen. Man kann dieses Lebensmodell mit Marx durchaus als weiteren Schritt in die doppelte Freiheit der Ware Arbeitskraft sehen, als einen letzten Verlust der Kontrolle über die eigenen Umstände außer durch entsprechendes Lohneinkommen, funktionierender elektronischer Kreditkarte und Besuch des Fitnessstudios. Spätestens durch den Einbau einer Wärmepumpe wird das Leben komplett abhängig von Geld („Stromsperre“) und möglichen Netzwerkstörungen, da diese bei aller technischen Überlegenheit Energie jeder subsistenzwirtschaftlicher Kontrolle entzieht. Und ohne subsistenzwirtschaftlichen Hintergrund wird selbst bei optimierter Muskelmasse die Angst gegenüber neuen gesellschaftlichen Entwicklungen eine realistische Erwartung und kettet die Menschen an die bestehende Ordnung.

In den Kommunalwahlprogrammen der Linken kommt dieser durch raum/zeitlich uneingeschränkte Eskalation des Energieverbrauchs verursachte Wandel der gesellschaftlichen und natürlichen Reproduktion nicht vor. Stattdessen steht Verteilungsgerechtigkeit im Vordergrund: „Auch hier steht Die Linke für sozialen Klimaschutz. Dieser darf Ärmere nicht ärmer machen und er muss das Menschenrecht auf Energie sichern. Wir fordern eine garantierte Basisfreimenge Strom und Wärme, ticketfreien Nahverkehr oder Sanierungsförderung für geringe Einkommen.“ *Diese Forderungen sind zweifelsohne richtig*. Aber Linke Energiepolitik sollte das Denken der Energieproduktion und des Energieverbrauchs ganzheitlich von den Bedürfnissen der Menschen, ihrer freien Kooperation und von der Reproduktionsfähigkeit der Natur aus thematisieren. Ein bloßes bedingungsloses Grundeinkommen von Basisenergiemengen bleibt unvollständig.

Aktuelle Klimapolitik in Oldenburg: Die Stadt Oldenburg gibt einen transparenten Überblick über die Umweltpolitik mit regelmäßiger Berichterstattung über Ziele und erreichte Umsetzung (siehe z.B. https://klimaportal.oldenburg.de/). Danach sind in den letzten 6 Jahren weder das CO_2 Aufkommen in den öffentlichen Liegenschaften noch der Stromverbrauch nennenswert gesunken.

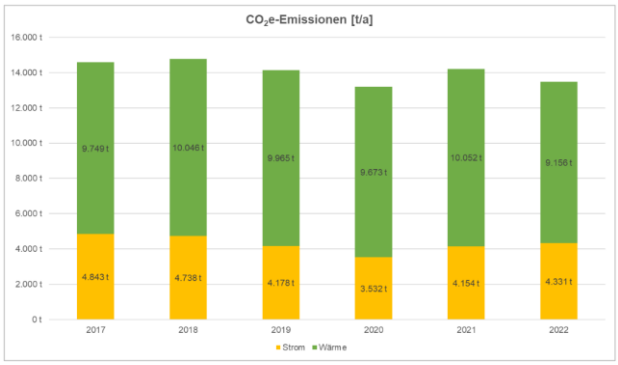


Abbildung 12: Treibhausgasemissionen der kommunalen Liegenschaften 2017 bis 2022[8]

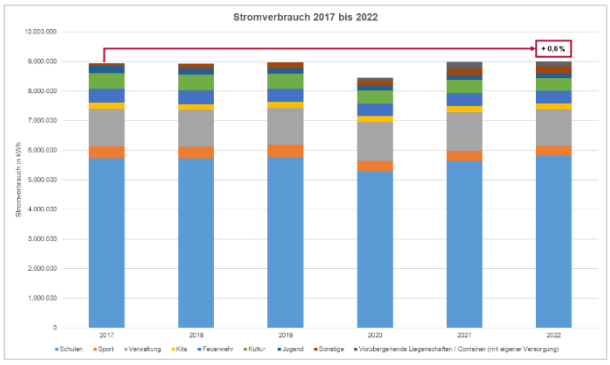
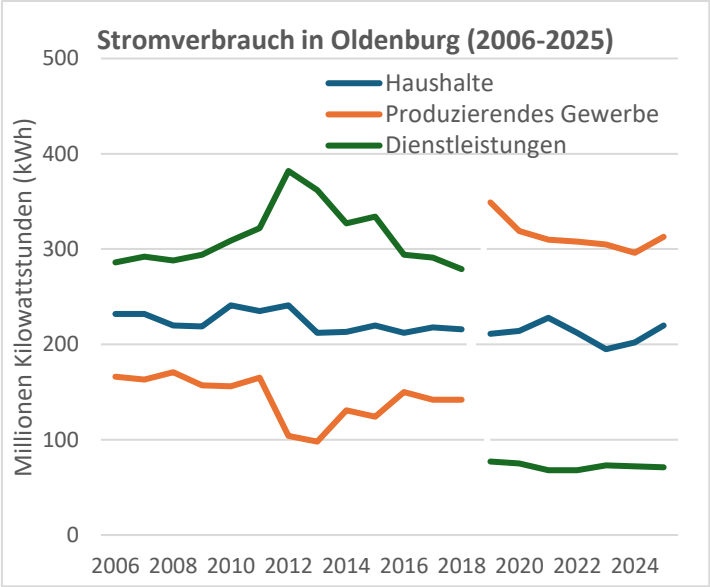


Abbildung 9: Stromverbrauch 2017 bis 2022 für alle öffentlichen Liegenschaften des EGH

Auch in den Haushalten Oldenburgs ist der Stromverbrauch in den letzten 20 Jahren praktisch unverändert (-5 %) (https://opendata.oldenburg.de/dataset/stromverbrauch-seit-1990), was ziemlich genau der bundesweiten Entwicklung entspricht. Obwohl ein Strukturbruch in der Zuordnung von Dienstleistungen und produzierendes Gewerbe eine genaue Auswertung verhindert: beide Bereiche haben in Oldenburg sicher mehr Strom eingespart als die Haushalte, was dazu führte, dass 2025 deren Anteil am Stromverbrauch um 3 % größer war als 2006. Bezahlt wurde dieser fehlende Anstieg des Stromverbrauchs im übrigen durch Privatpersonen: die Stadt Oldenburg hält

fest, dass der zeitweilige Abfall des Stromverbrauchs ab 2019 (siehe Abbildung) vermutlich auf die vermehrte private Aufstellung von Photovoltaik zurückzuführen ist. Dagegen wurden städtische Maßnahmen aus dem Klimaschutzplan zurückgestellt bzw. in der Umsetzung verlangsamt. Klimapolitik befindet sich in Oldenburg nicht gerade in der Offensive, auch wenn es ein breites Netzwerk von Gruppen gibt, die sich um Schritte in diese Richtung bemühen.



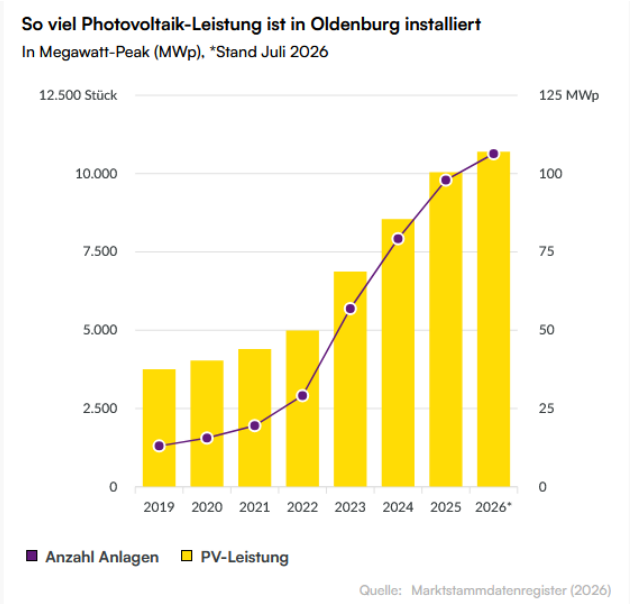
Festzuhalten bleibt auch, dass die meisten Berichte und Schritte der Stadt die Existenz gesellschaftlichen Unterschiede und Klassen ignorieren. So enthält z.B. der Abschlussbericht für die Kommunale Wärmeplanung an keiner Stelle sozialdemografische Daten, die die Planung und Zielsetzung beeinflussen könnten (bzw. sollten). Und das obwohl bundesweit 70 % der Hauseigentümer mit weniger als 2.500 € Einkommen keine Wärmepumpe besitzen und wegen der Anschaffungskosten auch nicht planen, bei Einkommen von über 7.500 € nur 30 %. Der Schwerpunkt dreht sich um die Frage, wie ärmeren Haus*eigentümern* finanziell die Anschaffung einer Wärmepumpe nahegelegt werden kann.

Zur Abbildung auch sozialer Aspekte für die Wärmewende wurde der Oldenburger Wärmewende-Beirat gegründet. Allerdings sind in ihm offensichtlich keine Gewerkschaften und nur begrenzt Wohlfahrtsverbände vertreten. Es ist unklar, welche Institutionen warum an ihm mitwirken. Die wissenschaftliche Begleitung des Wärmewende-Beirats sieht keine sozialwissenschaftlichen Studien für Oldenburg vor. Insgesamt finden sich auf den städtischen Internet-Seiten keine Hinweise dazu, ob und wie sich der CO_2 Verbrauch in den reicheren Stadtteilen im Vergleich zu den ärmeren Stadtteilen darstellt. Steuerungsmöglichkeiten des Energieverbrauch, die die Beliebigkeit von Arbeitszeiten und der Individualisierung einschränken würden (siehe z.B. Verbot der Ladenöffnungszeiten am Wochenende als gewollte Herstellung eines wochenzeitlichen Rhythmus) werden überhaupt nicht erwähnt. Gleichzeitig zeigt der Zuwachs von AfD Stimmen in Stadtgebieten, in denen weniger einkommensstarke Bevölkerungsgruppen wohnen, dass Klimapolitik von deren Bewohnern noch nicht als „Klassenpolitik“ von unten verstanden wird, sondern eher im Gegenteil als Angriff auf ihre Lebensverhältnisse. Aber gerade Klimapolitik ist eine gesellschaftliche Frage, die wenn sie richtig betrieben wird, rechte Strömungen eindämmt. Die Berücksichtigung sozialdemografischer Fakten bei der Formulierung und Umsetzung von Klimazielen muss ein Markenkern linker Kommunalpolitik werden, die diese von bürgerlicher Energiepolitik unterscheidet.

Ein Vorschlag zu Kernprinzipien linker Energiepolitik: Betrachtung der Energieversorgung unter den drei Gesichtspunkten von Resilienz, Suffizienz und Kontrolle & Selbstermächtigung. Zudem müssen Klassenfragen und individuelle wie soziale Reproduktionszyklen ein wesentlicher Aspekt der Analyse bilden. Resilienz meint, Versorgung so aufzubauen, dass sie zuverlässig Teilausfällen widersteht und auch in individuellen und allgemeinen Krisen alle weiter versorgt werden. Suffizienz heißt, sie so in Kreisläufe einzuordnen, dass von ihr keine Gefahr für die Integrität von sozialen und ökologischen Prozessen ausgeht. Dafür ist Verzicht auf einen übermäßigen Verbrauch durch bestimmte Bevölkerungsgruppen und Industrien ein Teilelement. Kontrolle & Selbstermächtigung heißt, dass

alle Menschen durch ihr Alltagshandeln sich an ihrer Ausgestaltung als kooperatives und fürsorgliches Projekt beteiligen können.

Resiliente Versorgung baut auf einer Struktur paralleler und voneinander unabhängiger Produktionsprozesse auf. Das Programm der Linken zur Kommunalwahl schreibt hierzu: „Photovoltaik auf öffentlichen Gebäuden flächendeckend installieren“. In dieser Formulierung fehlen Selbsttätigkeit und Kontrolle durch Menschen. Sie ist lässt auch die Nutzung von privatem Eigentum für gesellschaftliche Zwecke außen vor. Provokant und besser, weil mit der Eigentumsfrage spielend, wäre: „Oldenburger, die Linke will eure Dächer“. Wie es dann einen Ausgleich für das Sharing des Haus- oder Garagendachs geben könnte, wäre Teil der politische Offensive (und ebenfalls, wer genau als Vertragspartner auftreten sollte). Resilienz bedeutet auch den Aufbau einer entsprechenden Speicherkapazität, also parallel dazu einer Kampagne: „Oldenburger (und Stadt Oldenburg), wir wollen Teile eurer Keller“.



Eine verstärkte Dezentralisierung paralleler Prozesse setzt voraus, dass das Stromnetz vergesellschaftet wird und die Durchleitgebühren für Erzeugung und Speicherung entfallen. Hier wäre direkt an die Berliner Erfahrungen zur Vergesellschaftung von Mietwohnungen anzuknüpfen.

Suffizienz der Versorgung heißt, dass diese CO_2 neutral werden muss und auch alle anderen Risiken, die vorhanden sind, minimiert werden. Die Linke schreibt dazu in ihrem Wahlprogramm. „Neue fossile Infrastrukturprojekte verhindern“. Das ist zu wenig. Sicher wird es für die nähere Zukunft notwendig sein, Gaskraftwerke als Backup Möglichkeit zu bauen oder zu erneuern. Atomenergie (gegen die sich viele Einwände im Programm finden) und Fusionskraftwerke bergen nicht nur technologische Probleme: Erstere schon wegen der Endlagerung, beide aber durch die Verletzbarkeit in militärischen und paramilitärischen Krisenszenarien. Weiter setzen diese Großprojekte einen hohen Vorschuss an Kapital voraus und sind damit kurzfristig nur privatwirtschaftlich zu organisieren. Auf einer solchen gesellschaftlichen Ebene gilt auch, dass Haushalte mit hohem Einkommen mehr Energie verbrauchen als solche mit niedrigem Einkommen (siehe die nebenstehende Tabelle). Damit stellt sich die Gerechtigkeitsfrage, wie mit Verbräuchen über dem Mittelwert umgegangen werden sollte, wenn gleichzeitig klar ist, dass der CO_2 Ausstoß dringend reduziert werden muss. Dies betrifft auch die Frage, ob das elektrische „Betanken“ von E-SUV Autos, die 50 % mehr an Strom verbrauchen als E-Kleinwagen, einfach nur Privatsache ist oder z.B. einer preislichen Steuerung unterliegen sollte.

Zu prüfen ist aber auch, in welchem Maße die aktuell raum/zeitlich unbegrenzte Verfügbarkeit von Energie (Elektrizität) nicht per Preis an natürliche und jahreszeitliche Tagesrhythmen angepasst werden sollte: sind Supermarkteinkäufe nach 19.00 Uhr mit entsprechendem Energieverbrauch notwendig? Wo sind Nachtschichten reduzierbar? Brauchen wir nachts durchgängige Straßenbeleuchtung oder gibt es bessere gebrauchsabhängige Lösungen etc.?

Bundesweites Einkommen	Verbrauch Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung
unter 1.300	605
1.300 - 2.600	816
2.600 - 3.600	1.064
3.600 - 5.000	1.271
5.000 und mehr	1.666

Kontrolle & Selbstermächtigung heißt, dass grundlegende Bedarfe mehr und mehr gemeinwirtschaftlich organisiert werden und nicht als Waren gehandelt. Die Linke betont dafür die Bedeutung kommunaler und genossenschaftlicher Träger und fordert „Energieversorgung als Teil öffentlicher Daseinsvorsorge organisieren“. Diese Formulierungen stammen im Ton einem staatlichen Versorgungsdenken, auch wenn Genossenschaften genannt werden (immerhin gibt es bereits 77 Energiegenossenschaften im Weser-Ems Gebiet und die Oldenburger Olegeno ist ein aktives Paradebeispiel). Das Ziel sollte deutlich eher in Richtung aktiver Selbsttätigkeit formuliert werden, in denen die Bevölkerung Genossenschaften um Photovoltaik-& Windkraftanlagen, Speicher und E-Mobilität bildet und selbstorganisiert. Dies ist auch ein wichtiges Angebot an handwerkliche und technische ArbeiterInnen und Angestellte, sich mit ihren spezifischen Fähigkeiten an einem Linken Projekt des Common zu beteiligen. Gerade diese Personengruppe findet aktuell mit ihrem Denken zu wenig Platz in der linken Bewegung und tendiert zur AfD.

Darum ginge es also:

1. Dezentrale Produktion und Konsumption von Energie, für Menschen unterschiedlicher Herkunft gleichmäßig und aus jeder Lebenslage sicher zugänglich. Multiresistente Struktur, d.h. Unabhängigkeit gegenüber ökonomischen und anderen Krisen
2. Subsidiäre Organisation: Statt Kommando von Zentralstaat und Kapital subsidiäre, multizentrale Regelungen und gleichzeitig eine suprastaatliche Integration, d.h. einer Planung in von lokal nach global organisierten Entscheidungsprozessen.
3. Systematische Berücksichtigung von bio-ökologischen und menschlichen Rhythmen

Einige zu den Kommunalwahlprogrammen zusätzliche Vorschläge:
<u>Konkrete Maßnahmen für die Arbeit im Stadtrat</u>

- Prüfung von (Teil-) Übernahme (Vergesellschaftung) der lokalen physikalischen Stromnetzwerke
- Prüfung des aktuellen Zustands der Oldenburger Schulen (bei ergänzender Erfassung von Maßnahmen zur erneuerbaren Energieproduktion, Wärmedämmung und Umstellung der Heizung).
- Bewilligung von Mikrokredite und Darlehen an Stromgenossenschaften für
    - Den Erwerb von Photovoltaikelementen und für die Pacht von Flächen auf Dächern und Garagen
    - Den Erwerb von Akkus und für die Pacht von Kellern für ihre Aufstellung
    - Aufstellung und (gemeinsamen) Betrieb von Wärmepumpen. 2024 waren in Oldenburg nur 3.5 % der Heizungen Wärmepumpen.
- Förderung und Kreditvergabe an Handwerksbetriebe und Forschungseinrichtungen, die an der Optimierung erneuerbarer Energien oder Gebäudedämmung arbeiten.
- Gestaltung von EWE Tarifen nach Verbrauch und Einkommen mit ab einer bestimmten Verbrauchsmenge progressiver Preisgestaltung. Nutzung dieser Gelder zur Unterstützung von Personen mit hoher Verschuldung und drohender Abklemmung der Stromversorgung bzw. für die Darlehens- und Kreditvergabe.

<u>Konkrete Aktionen für die Arbeit außerhalb des Stadtrats</u>

- Stadtteilversammlung zur Bedarfsermittlung von Mikrokredite und Darlehen für Energiegenossenschaften unter Leitung der Linken und mit Darstellung des Grundkonzepts der Energieversorgung.

- Treffen mit relevanten Akteuren und AktivistInnen zur Diskussion der Prinzipien und Vorhaben der Linken zur Energiepolitik und zum Erfragen ihrer (technischen) Ideen zur Energieversorgung.
- Technische und soziale Prüfung, ob individualisierte nächtliche Straßenbeleuchtung möglich
- Folge von Kundgebungen vor öffentlichen Gebäuden, in denen energetische und sonstige Sanierung nicht vorangeht (speziell Schulen)
- Stände zu Klimapolitik, Photovoltaik und Wärmepumpen in AfD Stadtteilen mit Dokumentation der AfD Position.
- „Besuch“ der E-SUV Verkaufsläden, eine Autoklasse die um die 50 % mehr Strom als E-Kleinwagen verbrauchen (mal abgesehen von den Umweltfolgen während der Herstellung und im Platzverbrauch).
- Diskussion über Sinnhaftigkeit und Möglichkeit der Gestaltung von Ladenöffnungszeiten, Straßenbeleuchtung, nächtlicher Stromtarife in vermehrter ökologischer Orientierung an tages- und jahreszeitlichen Rhythmen bzw. gegen flexible Verfügbarkeit von Arbeitskraft und extreme Formen der Individualisierung und Vereinsamung.